

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Hubert Ulrich (B90/Grüne)

betr.: Arbeitswelt im Justizvollzug, Personalentwicklung in der Landesverwaltung

Vorbemerkung des Fragestellers:

„Beamtinnen und Beamte können in eine höhere Laufbahn wechseln, hierzu werden in der Regel Laufbahnprüfungen abgelegt. Jedoch kann ein Laufbahnwechsel auch auf anderem Wege erfolgen. In den Justizvollzugsanstalten des geschlossenen Vollzuges sind die Strafgefangenen und Untersuchungshäftlinge rund um die Uhr untergebracht. Zudem bietet die Antwort Drucksache 15/465 Anlass zu weiteren Nachfragen.“

Vorbemerkung der Landesregierung:

Ein Laufbahnwechsel in die nächsthöhere Laufbahn ist bei Beamtinnen und Beamten grundsätzlich nur durch den sogenannten „Aufstieg“ möglich. Das saarländische Laufbahnrecht sieht zurzeit zwei verschiedene Arten des Aufstiegs in die nächsthöhere Laufbahn vor, den sogenannten „Regelaufstieg“ und den „Praxisaufstieg“.

Beim „Regelaufstieg“ sind eine Einführungszeit (anstelle des Vorbereitungsdienstes bei Laufbahnbewerbern) sowie eine Aufstiegsprüfung vorgeschrieben, die der Laufbahnprüfung bei Laufbahnbewerbern entspricht. Nur beim Aufstieg in den höheren Dienst muss (abgesehen vom feuerwehrtechnischen Dienst) keine Aufstiegsprüfung abgelegt werden. Dieser „Regelaufstieg“ ist in § 20 SLVO für den Aufstieg in den mittleren Dienst, in § 27 SLVO für Aufstieg in den gehobenen Dienst und in § 35 SLVO für den Aufstieg in den höheren Dienst geregelt.

Neben dem Regelaufstieg ist der Praxisaufstieg möglich für Beamtinnen und Beamte, die langjährige Erfahrungen (mindestens 25 Dienstjahre) in ihrer Laufbahn gesammelt haben, mit der besten Beurteilungsnote beurteilt worden sind und sich bereits in den Dienstgeschäften der nächsthöheren Laufbahn bewährt haben (vgl. §§ 21, 28 und 36 SLVO). Für den Praxisaufstieg ist in der SLVO keine Aufstiegsprüfung vorgeschrieben.

Vor der Einführung des Praxisaufstieges in die SLVO durch die Verordnung zur Neugestaltung des saarländischen Laufbahnrechts vom 27. September 2011 (Amtsblatt S. 312) war früher der sog. „Verwendungsaufstieg“ in der SLVO geregelt, bei dem ebenfalls keine Aufstiegsprüfung abgelegt werden musste.

Wie viele Beamte sind seit ihrer Verbeamtung in die nächsthöhere Laufbahn gewechselt, und wie viele haben dafür die vorgesehene Laufbahnprüfung nicht abgelegt?

Bitte für jedes Ministerium und deren Abteilungen sowie die nachgeordneten Behörden getrennt darstellen, sowie die erste Eingruppierung und die jetzige Besoldungsstufe angeben, zudem auch die Dauer bis zur Beförderung angeben.

Zu Frage 1:

Über die Frage nach der Gesamtheit aller Beamtinnen und Beamten, die seit ihrer Verbeamtung – also theoretisch einem Zeitraum von über 30 Jahren – in die nächsthöhere Laufbahn gewechselt sind, werden keine statistischen Aufzeichnungen geführt. Ihre auf einen so langen Zeitraum bezogene Beantwortung könnte nur mit sehr großem personellem und zeitlichem Aufwand geleistet werden. Um die Frage dennoch zeitnah beantworten zu können, sind die Laufbahnaufstiege in der als Anlage beigefügten Übersicht ab dem Zeitpunkt der Einführung des zurzeit geltenden Praxisaufstiegs (14. Oktober 2011) dargestellt worden. Sollte der Fragesteller Recherchen in die weitere Vergangenheit wünschen, wird um Hinweis gebeten.

Beim Ministerium für Inneres und Sport ist der Bereich der Polizei unberücksichtigt geblieben, da sich die Polizeivollzugsbeamten in einer eigenen „Einheitslaufbahn“ (SPoILVO) befinden, bei der jedem Polizeivollzugsbeamten der Aufstieg in alle Ämter des Polizeivollzugsdienstes zu eröffnen ist (§ 124 Abs. 2 SBG).

Beim Ministerium für Bildung und Kultur ist der Schul- und Schulaufsichtsdienst unberücksichtigt geblieben, für den ebenfalls eigene Laufbahnvorschriften gelten (SLehrLV).

Was bedeutet die Formulierung „Nach erfolgreicher Absolvierung der Einführungszeit in die Laufbahn des [...] Dienstes wurde der Beamte zum [...] ernannt“ für die Landesregierung?

Zu Frage 2:

Diese Formulierung dürfte den Fall eines Regelaufstiegs in die Laufbahngruppe des höheren Dienstes nach § 35 SLVO betreffen, bei dem die Personalstelle festgestellt hat, dass dem Beamten nach erfolgreich absolvierter Einführungszeit ein Amt des höheren Dienstes übertragen wurde.

Wie ist die reguläre Schichtstärke des in den Justizvollzugsanstalten eingesetzten Personals jeweils zur Früh-, Mittags- und Nachtschicht?

Zu Frage 3:

Die reguläre Schichtstärke des in den Justizvollzugsanstalten eingesetzten Personals beträgt im Frühdienst 67 Bedienstete, im Spätdienst 64 Bedienstete und im Nachtdienst 25 Bedienstete.

Zusätzlich sind 85 Personen des Allgemeinen Vollzugsdienstes im Tagesdienst eingesetzt.

Wie viele Bedienstete stehen bei den Justizvollzugsanstalten jeweils in welchen Schichten in Rufbereitschaft?

Zu Frage 4:

Bei den Justizvollzugsanstalten stehen im Allgemeinen Vollzugsdienst keine Bediensteten in Rufbereitschaft.

Wie ist die Planung zur Personalentwicklung im Justizvollzug für die einzelnen Anstalten bei der Umsetzung des Sparplanes?

Zu Frage 5:

In den zur Zukunftssicherung der Landesverwaltung mit den Gewerkschaften vereinbarten Arbeitsgruppen „Aufgabenkritik und Sparpotential“ werden im laufenden Jahr Personalentwicklungspläne bis 2020 und die dazu erforderlichen Begleitmaßnahmen entwickelt. Die für den Justizvollzug gebildete Arbeitsgruppe hat dabei eine Reihe von personalentlastenden Maßnahmen vorgeschlagen, die nun auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.

Für welchen Anteil von über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleisteten Dienststunden bei den Bediensteten im Justizvollzug wurde:

- a) ein Ausgleich mittels Dienstbefreiungen gewährt,
- b) ein Ausgleich durch Abgeltung erteilt?

Zu Frage 6:

Für die Beantwortung von Frage 6 wurde auf Daten des Zeitraums Oktober 2011 bis September 2013 (24 Monate) zurückgegriffen.

Bei der Justizvollzugsanstalt Ottweiler sind im vorgenannten Zeitraum 23.623,20 Überstunden angefallen. In diesem Zeitraum wurden 18.191,30 Stunden als Freizeitausgleich gewährt, was einem Anteil von 77,01 % entspricht. Eine Geldentschädigung wurde für 10.040,42 Stunden gezahlt, was einem Anteil von 42,50 % gleichkommt. Dass beide Anteile zusammen keine 100 Prozent ergeben, hängt damit zusammen, dass Bedienstete die erarbeiteten Mehrarbeitsstunden oft ansammeln, bis sie ihre entsprechenden Auszahlungsanträge einreichen, so dass Auszahlungen nicht kontinuierlich erfolgen, sondern in unterschiedlichen Abständen und auch für unterschiedlich lange zurückliegende Zeiträume.

Im Zeitraum Oktober 2011 bis September 2013 sind von Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken insgesamt 66.370,10 Überstunden geleistet worden. 32.331,45 Stunden (48,71 %) sind in dieser Zeit als Freizeitausgleich gewährt und 22.488 Stunden (33,88%) sind finanziell durch Mehrarbeitsentschädigung abgegolten worden.

Wie verteilt sich der gewährte Freizeitausgleich für
über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete
Dienststunden über das Kalenderjahr?

Wie verteilen sich die durch Abgeltung ausgegli-
chenen über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus
geleisteten Dienststunden über das Kalenderjahr?

Zu den Fragen 7 und 8:

Zur Beantwortung der Fragen 7 und 8 sind die nachfolgenden beiden Tabellen erarbeitet worden, aus denen sich die Verteilung sowohl der gewährten Freizeitausgleiche als auch der Mehrarbeitsentschädigungen in einzelnen Kalendermonaten des Zweijahreszeitraums Oktober 2011 bis September 2013 für jede Justizvollzugsanstalt ergibt:

Tabelle Überstunden und Überstundenausgleich/-abgeltung **Ottweiler** von Okt. 2011 bis Sept. 2013

Monat	Geleistete Überstunden	Freizeitaus- gleich	Mehrarbeits- entschädigung
Okt 11	1.267,70	665,35	-
Nov 11	581,25	1.333,90	1.593,00
Dez 11	559,35	1.569,80	3.702,42
Jan 12	967,35	500,35	-
Feb 12	716,35	1.179,45	-
Mrz 12	237,95	1.905,85	-
Apr 12	1.744,90	538,00	-
Mai 12	1.215,75	258,75	1.135,00
Jun 12	1.097,25	619,50	-
Jul 12	870,50	393,00	-
Aug 12	1.433,75	260,50	-
Sep 12	2.069,75	290,50	-
Okt 12	576,50	710,75	1.671,00
Nov 12	690,75	1.129,75	-
Dez 12	1.861,55	617,00	-
Jan 13	483,50	1.515,50	-
Feb 13	304,50	1.216,85	1.179,00
Mrz 13	1.125,50	657,75	190,00
Apr 13	623,00	815,00	-
Mai 13	1.608,55	361,25	-
Jun 13	1.137,75	380,00	570,00
Jul 13	658,00	522,00	-
Aug 13	920,00	370,50	-
Sep 13	871,75	380,00	-
Okt 11- Sep 13	23.623,20	18.191,30	10.040,42
Anteil	100%	77,01%	42,50%

Tabelle Überstunden und Überstundenausgleich/-abgeltung **Saarbrücken** von Okt. 2011 bis Sept. 2013

Monat	Geleistete Überstunden	Freizeit- aus- gleich	Mehrarbeits- entschädigung
Okt 11	3.234,75	1.248,90	-
Nov 11	1.879,60	2.012,95	-
Dez 11	2.132,90	1.380,55	-
Jan 12	1.515,37	2.273,32	-
Feb 12	2.387,37	1.728,24	-
Mrz 12	1.492,17	1.517,45	-
Apr 12	4.087,05	664,50	-
Mai 12	4.208,00	662,82	7.199,00
Jun 12	3.569,63	590,46	-
Jul 12	4.046,50	369,98	
Aug 12	1.999,92	618,18	
Sep 12	4.412,10	1.352,80	831,00
Okt 12	1.233,95	2.219,10	-
Nov 12	1.703,02	2.246,45	-
Dez 12	3.868,70	1.045,10	-
Jan 13	1.145,52	1.548,07	5.941,00
Feb 13	2.020,25	1.707,32	-
Mrz 13	1.112,07	1.112,12	-
Apr 13	1.266,25	3.636,58	-
Mai 13	4.868,68	754,38	-
Jun 13	3.181,35	1.232,92	8.517,00
Jul 13	2.240,98	1.261,05	-
Aug 13	3.414,55	320,03	-
Sep 13	5.349,42	828,18	-
Okt 11- Sep 13	66.370,10	32.331,45	22.488,00
Anteil	100%	48,71%	33,88%

Wie viele Überstunden sind in den letzten 24 Monaten verfallen, weil das Arbeitszeitkonto voll war?

Zu Frage 9:

Keine.

Wenn nach der neuen AV des Ministeriums der Justiz zur Arbeitszeit im Vollzugsdienst und Werkdienst bei Überstunden nicht mehr nach ihrer Entstehung differenziert wird, wie werden dann die Besonderheiten bei der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit berücksichtigt?

Zu Frage 10:

Aufgrund besonderer Erfordernisse, etwa bei Aus- und Vorführungen von Gefangenen zu Gerichtsterminen, fallen mitunter Mehrarbeitsstunden an, die in der Gesamtheit zu einer nicht planmäßigen Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit der betroffenen Bediensteten führen können.

Es handelt sich hier um Mehrarbeit im Sinne des § 78 Abs. 3 SGB, deren Behandlung (Freizeitausgleich/Vergütung) ebenfalls durch Nr. 9 Abs. 1 der AV des MdJ Nr. 3/2013 vom 2. Mai 2013 geregelt ist.

In der Antwort Drucksache 15/465 zu Frage 3 wurde angegeben, dass auf den Planstellen im Justizvollzug derzeit sechs Beamte geführt werden, die zu anderen Dienststellen abgeordnet sind.

- a) Wird hier zur Gewährleistung der Personalausstattung im Schichtdienst Ausgleichspersonal gestellt?
- b) Wie ist die Dauer der Abordnung der einzelnen Beamten, und zu welchen Dienststellen wurden diese abgeordnet?

Zu Frage 11:

- a) Für die erwähnten sechs abgeordneten Beamten wurde kein Ausgleichspersonal gestellt. Es handelt sich bei diesen Beamten grundsätzlich um vollzugsdienstuntaugliche Beamte, die im Rahmen einer ressortübergreifenden Personalvermittlung abgeordnet wurden.

- b) Die genannten sechs Beamten sind / waren wie folgt abgeordnet:

Anzahl	abgeordnet an	von	bis
1	Landesverwaltungsamt	01.02.2013	auf Weiteres
1	Landesamt für Umwelt und Arbeitsschutz	14.06.2011	auf Weiteres
1	Landesamt für Verbraucherschutz	21.01.2013	auf Weiteres
1	Landesamt für Verbraucherschutz	04.02.2013	01.10.2013
1	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	17.12.2009	auf Weiteres
1	Ministerium der Justiz	01.06.2010	30.09.2014

Anlage

	einfacher Dienst zum mittleren Dienst					mittlerer Dienst zum gehobenen Dienst					gehobener Dienst zum höheren Dienst				
Dienststellen	Aufstiegsprüfung		Besoldungsgruppe			Aufstiegsprüfung		Besoldungsgruppe			Aufstiegsprüfung		Besoldungsgruppe		
	mit	ohne	von	bis	Dauer *	mit	ohne	von	bis	Dauer *	mit	ohne	von	bis	Dauer *
StK												1	A13 g.D.	A13 h.D.	5 J.
												1	A12 g.D.	A13 h.D.	5 J.
MWAEV															
Landesbetrieb für Straßenbau (bis 08.05.12: MfUEV)							1	A9 m.D.	A9 g.D.	6 J.					
MFE												1	A12 g.D.	A13 h.D.	6 J. 6 M.
												1	A12 g.D.	A13 h.D.	5 J. 6 M.
Finanzämter						1		A7 m.D.	A9 g.D.	5 J. 9 M.		1	A12 g.D.	A13 h.D.	12 J.
						1		A7 m.D.	A9 g.D.	6 J. 9 M.					
						1		A8 m.D.	A9 g.D.	7 J. 9 M.					
MfIS												1	A12 g.D.	A13 h.D.	3 J. 5 M.
												1	A13 g.D.	A13 h.D.	5 J. 5 M.
												1	A13 g.D.	A13 h.D.	9 J. 11 M.
Landesverwaltungsamt												1	A13 g.D.	A13 h.D.	4 J. 11 M.
MSGFuF						1		A8	A9	4 J.		1	A12 g.D.	A13 h.D.	2 J.
								Beginn: 01.10.09 Ende: Dezember 2013					Beginn: 01.03.2012 Ende: Februar 2014		
						1		A7 m.D.	A9 g.D.	5 J.		1	A12 g.D.	A13 h.D.	2 J.
								Beginn: 01.10.09 Ende: Dezember 2014 (Verlängerung EZ)					Beginn: 01.03.2012 Ende: Februar 2014		

MdJ												1	A13 g.D.	A13 h.D.	3 J. 6 M.
													(inzwischen zu MUV versetzt)		
Gerichte / Staatsanwaltschaften	1		A4 e.D.	A6 m.D.	4 J. 2 M.	1		A7 m.D.	A9 g.D.	5 J. 1 M.					
	1		A5 e.D.	A6 m.D.	4 J. 2 M.										
Justizvollzugsanstalten							1	A9 m.D.	A9 g.D.	10 J. 1 M.					
MfUV												1	A13 g.D.	A13 h.D.	9 J.
Landesamt f. Verbraucherschutz							1	A9 m.D.	A9 g.D.	10 J. 8 M.					
							1	A9 m.D.	A9 g.D.	4 J. 6 M.					
MBK							1	A9 m.D.+Z	A9 g.D.	6 J. 8 M.					

* angegeben ist jeweils die Zeitspanne zwischen der Einweisung in das letzte Amt der Laufbahn aus der aufgestiegen worden ist und der Einweisung in das Einstiegsamt der nächsthöheren Laufbahn